

LEGITIMATION VON GOVERNANCE

PAPADOPOULOS, Yannis (2004): „**Governance und Demokratie**“, in: BENZ, Arthur (Hg.): „*Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung.*“, Seite 215-235, Wiesbaden.

Zum Begriff...

Governance als besondere Form der politischen Steuerung, Voraussetzung dafür ist eine normative Begriffsdefinition.

Die Beziehung zwischen Governance und demokratischer Beziehungssystemen zeigen Aspekte wie horizontale Beziehungen, kooperative Institutionen, Politik außerhalb demokratischer Institutionen auf.

Im Kontext...

Eine Veränderung von Government zu Governance ist in unterschiedlicher Ausprägung in einzelnen Staaten feststellbar.

Diese Entwicklung ist das Resultat moderner, komplexer Gesellschaften. Die staatliche Steuerung ist oftmals den Herausforderungen nicht gewachsen und bedient sich zunehmend unabhängigen Regulierungsinstanzen. Governance bedingt jedoch Demokratieeinbußen, welche sie durch Effektivität und höherer Qualität politischer Entscheidungen kompensieren kann.

Daraus folgt..

Governance kann auf nationaler Ebene demokratische Institutionen schwächen, gleichzeitig aber zu höherer Qualität politischer Entscheidungen beitragen.

Governance-Netzwerke können dadurch strukturelle Probleme im politischen System erzeugen.

SCHMALZ-BRUNS, Rainer (2005): „**Demokratie im Prozess der Globalisierung: Zur Demokratieerträglichkeit von Global Governance**“, in: BEHRENS, Maria (Hg.): „*Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität.*“, Seite 79-98, Wiesbaden.

Demokratiepotenziale von Governance

- Externe Legimitätskontrolle von Staaten durch nichtstaatlichen Organisationen
- Demokratisierung von globalen Strukturen und Institutionen der Politik
- Loslösung vom Staat als einziger Träger von Souveränitätsrechten = Entstaatlichung
- Zivilgesellschaftliche Selbststeuerung

Governance als postnationales Regieren ist möglich wenn...

- Normative Grenzen/ Strukturen
- Durch staatlich nicht monopolisierbare anerkannte Normen z.B. Menschenrechte
- Zivilgesellschaft
- Tugenden der Bürger: Toleranz, Dialogbereitschaft, Solidarität

GROTE, Jürgen/GBIKPI, Bernhard (2002): "**From Democratic Government to Participatory Governance**", In: DIESS. (Hg.): "*Participatory Governance*", Seite 17-34, Opladen.

Hypothese:

"Participatory politics would help to improve the chance of a sustainable outcome by associating all the relevant actors in the policy-making process"

Effektivität und Bürgerbeteiligung ("democratic dilemma" by Dahl: "system effectiveness vs. citizen participation") müssen keinen Widerspruch darstellen. Vielmehr wird durch Effektivität das klassische liberal-demokratische Regierungsmodell infrage gestellt, nicht aber die Bürgerbeteiligung.

Die Suche nach neuen Formen partizipativen Regierens muss jenseits des traditionellen repräsentativen Demokratiemodells stattfinden.

Partizipatives Regieren:

1) *Wer hat das Recht zu partizipieren?*

Personen und Organisationen, die über

- relevante Informationen und/oder
- Ressourcen für das zu lösende Problem verfügen und/oder
- von dem Politikbereich betroffen sind

Mithilfe der Kategorie „Holders“ können diese Personen/Organisationen identifiziert werden. „Holders“ überwindet das klassische Staatsbürgerschaftskonzept, es können auch Nicht-Bürger partizipieren, sofern sie „betroffen“ sind bzw. über Informationen/Ressourcen verfügen.

2) *Rahmen/Regeln für Partizipation*

- Horizontaler, Konsensorientierter Entscheidungsprozess (vs. staatlicher Mehrheitsdemokratie und Hierarchie)
- Konsultationen und/oder Verhandlungen scheinen effektiv, um durch *arguing and bargaining* Konsens zu erzielen
- Funktionale Differenzierung (ermöglicht funktionale Gemeinschaften, die nicht auf einer staatlichen Wir-Identität beruhen)
- Orientierung an Input- wie Output-Legitimität
- Durch das institutionelle Gefüge und eine hohe Qualität der Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden dass:
 - Jede „Holder“-Gemeinschaft im Entscheidungsprozess mitwirken kann,
 - sich angemessen vertreten fühlt,
 - niemand Betroffener ausgeschlossen wird.

Effektivität und Partizipation:

"Effective governance is generated by participation."

- Implementationsprobleme können überwunden werden (Output)
- Legitimität durch die Einbindung der Betroffenen wird verbessert (Input)
- Die Folgebereitschaft wird erhöht
- Höhere Akzeptanz der politischen Entscheidungen
- Vorhandenes Wissen wird mobilisiert
- Nachhaltigkeit der Politik kann besser gewährleistet werden